



Im Dunkel der europäischen Geheimdiplomatie

Iswolskis Kriegspolitik in Paris 1911 - 1917 ; Volksausgabe der im Auftrage des Deutschen Auswärtigen Amtes veröffentlichten Iswolski-Dokumente

Der gemeinsame Weg, 1913, die Ziele, 1914

Stieve, Friedrich

Berlin, 1926

4. Kapitel: Frankreich und Italien

[urn:nbn:de:hbz:466:1-79837](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-79837)

4. Kapitel
Frankreich und Italien

1801
Paderborn

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 7./20. November 1913

Ich habe Ihnen bereits mehrere Male von dem großen Mißtrauen geschrieben, mit dem man hier die italienische Politik verfolgt. In letzter Zeit hat sich die Spannung in den französisch-italienischen Beziehungen noch verstärkt und ist besonders deutlich in der scharfen Fehde der mehr oder weniger amtlich beeinflussten Blätter beider Länder zum Ausdruck gelangt.

Wiederholt habe ich Pichon und die anderen französischen Minister über die Ursachen ihrer Erregung gegen den lateinischen Nachbarstaat Frankreichs gefragt. Diese Ursachen werden hier folgendermaßen erklärt:

Seit Beendigung seines Krieges mit der Türkei und von Anbeginn der Balkankrise an hat Italien, das aus dem Abkommen mit Frankreich alles herausgeholt hat, was es nötig hatte, d. h. die ungehinderte Einverleibung von Tripolis, den Kurs seiner Politik jäh und bedenkenlos geändert, und zur Zeit ist die italienische Politik ebenso, wenn nicht noch mehr als zur Zeit Crispis, vom Dreibund abhängig. Der italienisch-türkische Krieg hat als unmittelbare Folge die Entstehung und schnelle Entwicklung des „imperialistischen“ Gedankens in Italien gezeitigt; die italienischen Absichten richten sich vor allem auf die von ihm besetzten Inseln im Dodekanes und weiterhin auf die kleinasiatische Küste; bei diesen beiden nahegelegenen Zielen bleiben sie jedoch nicht stehen. Die italienischen Politiker, auch diejenigen nicht ausgeschlossen, die der jetzigen Regierung angehören, erklären offen, Italien müsse in Zukunft Tunis an sich bringen und die Vormachtstellung im Mittelmeer erringen. Durch die Gegenüberstellung einer ganzen Anzahl von Anzeichen gelangt man hier zu der Überzeugung, Italien habe bei der jüngsten Erneuerung des Dreibundes darauf bestanden, daß ganz bestimmte Be-

schlüsse über dieses Meer in den Dreibundvertrag aufgenommen wurden. Natürlich sind die Italiener sich zur Zeit darüber klar, daß weder Frankreich, geschweige denn England diese Inseln in ihrem Besitz lassen wird, woran Sir E. Grey erst kürzlich den italienischen Botschafter nochmals nachdrücklich erinnert hat. Aber während die italienische Regierung stark betonte Erklärungen abgibt, sie sei fest entschlossen, die Inseln zu räumen, rechnet sie augenscheinlich auf das Eintreten irgendwelcher Umstände, die ihr die Hände freimachen könnten. Wenn sie aber letzten Endes der übernommenen Verpflichtung nachzukommen gezwungen sein wird, so ist vorauszusehen, daß sie versuchen wird, von der Türkei irgendwelche besonderen Rechte zu erlangen, die für sie später den Grund abgeben würden, sich in den Besitz der Inseln zu setzen. Dies alles flößt der französischen Regierung die ernstlichsten Befürchtungen ein und zwingt sie, jeden Schritt der italienischen Diplomatie mit größtem Mißtrauen zu verfolgen. Man ist hier dabei nicht nur mit der italienischen Politik ihrem Wesen nach unzufrieden, sondern auch mit der Form, in der sie zutage tritt. So spricht H. Pichon voll Empörung von den Versuchen der italienischen Regierung, die Vorstellung zu erwecken, als bestehe zwischen Frankreich, Rußland und England keine Einmütigkeit in der Auffassung der italienischen Politik überhaupt und über den letzten österreichisch-italienischen Schritt in Athen im besonderen. Die Verantwortung für die feindseligen Ausfälle der italienischen Presse gegen Frankreich schreibt H. Pichon unmittelbar der italienischen Regierung zu, die, wie er sagt, doch alle Mittel in der Hand hätte, diesen Angriffen ein Ende zu machen. Endlich sprach H. Pichon mit besonderer Gereiztheit von den Schwierigkeiten, denen er bei seinen Verhandlungen mit Italien über die Rechtsstellung der tripolitanischen Eingeborenen in Tunis begegnet, für die die italienische Regierung beharrlich dieselben Rechte verlangt, die dort die Eingeborenen Algiers genießen. „Wenn Italien auf diese Ansprüche, die deutlich auf seine weiteren Absichten hinweisen, nicht verzichtet,“ — sagte mir Pichon — „so kann dies die französische Regierung zwingen, die Einverleibung von Tunis zu erklären.“

Die in so scharfer Form wiederaufgelebte französisch-italienische Gegnerschaft im Mittelmeer tritt besonders anlässlich der Entsendung eines starken französischen Geschwaders nach der kleinasiatischen Küste zutage. Auf meine Frage, ob diese Entsendung etwas mit den soeben erwähnten Reibungen zu tun habe, antwortete H. Pichon verneinend und erklärte diese Maßregel ausschließlich mit dem Wunsche, die französische Flagge in den Gewässern der Levante zu zeigen, ohne die Absicht, hierdurch Italien irgendwie zu nahe zu treten. Seinen Äußerungen nach ist die Entsendung des französischen Geschwaders ohne jedes vorherige Einvernehmen mit England beschlossen worden; aber die zufällig gleichzeitige Fahrt des französischen und

des englischen Geschwaders und ihr bevorstehendes Zusammentreffen in den griechischen Gewässern wird zweifellos und in sehr glücklicher Weise die Übereinstimmung des französischen und englischen Standpunktes hinsichtlich des Gleichgewichts im Mittelmeer hervorheben. „Sie werden natürlich bemerkt haben,“ — setzte er hinzu — „daß die italienische Regierung, sobald die Abfahrt des französischen Geschwaders bekanntgeworden war, sogleich ihr Geschwader nach der Insel Rhodos schickte, die übrigens die französischen Schiffe keineswegs anzulaufen beabsichtigten.“

H. Pichon verhehlte mir nicht, daß der französische Botschafter beim Quirinal, H. Barrère, der dieser Tage hier angekommen ist, von ihm eigens zu dem Zweck herberufen wurde, um mit ihm die zwischen Frankreich und Italien geschaffene Lage zu besprechen und Frankreichs weitere Politik gegenüber seinem lateinischen Nachbarn festzulegen. Man erwog, wie ich weiß, am Quai d'Orsay ernstlich die Frage, ob nicht der Augenblick gekommen sei, von Italien mit Nachdruck eine Antwort zu fordern: ob die Bestimmungen des Dreibundvertrages in seiner neuesten Fassung mit den zwischen Frankreich und Italien bestehenden Sonderabmachungen vereinbar seien. Ich habe Grund zu der Annahme, daß H. Barrère, der die jähe Schwenkung Italiens zum Dreibund hin nicht in Abrede stellt (er weist unter anderem darauf hin, daß in letzter Zeit die Anhänger einer Freundschaft mit Frankreich sämtlich, bis auf einen einzigen, aus der Consulta entfernt und durch Personen ersetzt worden sind, die Deutschland und Österreich ergeben sind), trotzdem auf die französische Regierung beruhigend einwirkt. Barrère prophezeit den baldigen Sturz des augenblicklichen italienischen Kabinetts und seine Ersetzung durch eine Regierung, die weniger geneigt sein werde, sich dem Einfluß Berlins und Wiens zu fügen.

Ich fragte, wie man den Widerspruch zwischen den jüngsten Versuchen Italiens, Verhandlungen mit Frankreich über ein neues Abkommen (vor nicht allzulanger Zeit schrieb ich Ihnen davon) einzuleiten und der in Vorstehendem geschilderten Richtung der italienischen Politik erklären sollte; Pichon antwortete mir, daß ihm dieser Widerspruch gänzlich unbegreiflich sei und daß er nur durch die herkömmliche Doppelzüngigkeit der italienischen Diplomatie erklärt werden könne. „Auf alle Fälle“ — sagte er — „lassen wir sie an uns herankommen.“

Da ich keinerlei unmittelbare Anhaltspunkte für den wahren Charakter der italienischen Politik habe, kann ich natürlich nicht beurteilen, ob die hier angeführten Gedanken Pichons und seiner Kollegen objektiv richtig oder falsch sind. Es ist mir bekannt, daß unser Botschafter in Rom, der sich zur Zeit in Paris aufhält, die Handlungsweise des italienischen Kabinetts sehr nachsichtig beurteilt und seine Haltung durch die Furcht vor Österreich erklärt, sowie durch die

Notwendigkeit, gemeinsam mit dieser Macht vorzugehen, um ein gefährliches alleiniges Vorgehen Österreichs auf der Balkanhalbinsel zu verhüten.

Wie dem auch sein mag, ich kann nicht umhin, ernstlich Ihre Aufmerksamkeit auf den unbefriedigenden Stand der französisch-italienischen Beziehungen in diesem Augenblick zu lenken. Dieser Umstand kann für uns große Bedeutung gewinnen. Er bringt in die allgemeine Lage Europas unnötigerweise ein Element der Unbeständigkeit und der Möglichkeit von Verwicklungen hinein; er kann außerdem die französische Regierung veranlassen, eine gewisse Annäherung an den heimlichen Nebenbuhler Italiens, an Österreich, zu suchen. Sie kennen ja die Versuche Österreichs, sich die französische Regierung und die französischen Finanzkreise geneigt zu machen, hauptsächlich um den hiesigen Geldmarkt auszunutzen. Diese Versuche werden mit ungeschwächtem Nachdruck fortgesetzt, und man muß befürchten, daß sie gegenwärtig hier einen günstigen Boden finden konnten.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

P. S. Bei unserer letzten Begegnung fand ich Pichon etwas optimistischer hinsichtlich Italiens gestimmt. „Barrère meint,“ — so sagte er zu mir — „mit Geduld und ruhigem Blut würden wir schließlich diesen Sturm überwinden. Ich teile seine Hoffnung.“

Iswolski

*Der russische Botschafter in Rom an den
russischen Botschafter in Paris*

Brief

Rom, den 13./26. November 1913

Eure Hohe Exzellenz waren so gütig, mir von Ihrem Brief an den Außenminister vom 7./20. November Kenntnis zu geben, der eine ausführliche Wiedergabe des Urteils der französischen Regierung über die italienische Politik und ihre Befürchtungen wegen der zukünftigen Beziehungen zwischen den beiden lateinischen Nachbarstaaten enthält.

Ich leugne nicht die Entwicklung einer Frankreich feindlichen Stimmung in Italien, ich kann sie vielmehr ständig beobachten; ihr liegen verwickelte Ursachen zugrunde. Trotzdem kann ich nicht zugeben, daß die Befürchtungen des französischen Kabinetts völlig begründet sind. Meiner Ansicht nach sind sie sogar etwas naiv. Aus Furcht vor italienischen Mittelmeerplänen nimmt die französische Regierung an — ich weiß nicht, auf Grund welcher Tatsachen — daß Italien sich bei Gelegenheit in den Besitz von Tunis setzen wolle.

Ebenso könnte ich auch kaum die französische Behauptung als richtig anerkennen, daß in dem Dreibundvertrage Änderungen vorgenommen worden seien, die sich auf das Gleichgewicht im Mittelmeer beziehen. Sowohl der Marquis di San Giuliano als auch der Ministerpräsident, H. Giolitti, selbst hat mir aufs bestimmteste versichert, dieser Vertrag sei ohne jede Veränderung erneuert worden; nicht ein Komma habe man darin verändert, und alle gegenteiligen Gerüchte seien durchaus unbegründet. Auf Wunsch des Marquis di San Giuliano habe ich dem Kaiserlichen Außenministerium hierüber geschrieben.

Wie aus Ihrem Briefe ersichtlich ist, stellt der französische Botschafter in Rom die jähe Schwenkung Italiens zum Dreibund hin nicht in Abrede, wirkt aber trotzdem auf die französische Regierung beruhigend ein. Er prophezeit den baldigen Sturz des jetzigen italienischen Kabinetts und seine Ersetzung durch eine Regierung, die weniger geneigt sein würde, sich von Berlin und Wien beeinflussen zu lassen. Ein Anzeichen für den jähen Umschwung erblickt H. Barrère unter anderem darin, daß in der letzten Zeit die Anhänger freundschaftlicher Beziehungen zu Frankreich mit Ausnahme eines einzigen aus der Consulta entfernt worden und an deren Stelle Persönlichkeiten getreten sind, die Deutschland und Österreich ergeben sind.

Hierzu kann ich nur bemerken, daß im laufenden Jahre vier Personen aus der Consulta entfernt worden sind. Die bedeutendste unter ihnen, ein leidenschaftlicher Anhänger des Dreibundes und nicht Frankreichs, H. Bollati, wurde zum Botschafter in Berlin ernannt. Eine gänzlich untergeordnete Persönlichkeit, ein Agent H. Barrères, ist Gesandter in Lissabon geworden. Die beiden übrigen versetzten Beamten waren Botschaftssekretäre und hatten keinerlei politischen Einfluß. Der Beamte, auf den H. Barrère mit den Worten anspielt: „mit einer Ausnahme“ — ist der Gehilfe des Staatssekretärs, Fürst Skalea, der allerdings nicht immer mit der Politik des Marquis di San Giuliano einverstanden ist. Letzterer hätte ihn nach den Parlamentswahlen leicht entfernen können, wenn er nur gewollt hätte. Er tat es jedoch nicht.

Mit allen obigen Ausführungen will ich keineswegs die italienische Politik rechtfertigen; sie muß durchaus abfällig beurteilt werden. Ich glaube aber, daß sie ihre Erklärung vor allem in der Furcht vor Österreich findet, vor dessen Einfluß in Albanien und überhaupt im westlichen Teil der Balkanhalbinsel, ebenso wie in dem Haß des ganzen italienischen Volkes gegen die habsburgische Monarchie.

Das Kabinett von Rom glaubt, ob mit Recht oder nicht, es könne die Ausdehnung des österreichischen Einflusses nur dadurch verhindern, daß Italien Wien nachfolgt, selbst wenn ihm das nicht erwünscht scheint.

Andererseits war die feindselige Stimmung gegen Frankreich vor allem durch die Zwischenfälle anlässlich der Beschlagnahme der französischen Schiffe „Carthago“ und „Manoula“ durch die Italiener hervorgerufen worden, sowie durch die unvorsichtigen Reden Poincarés, die allerdings seine Volkstümlichkeit sehr erhöht und vielleicht sogar zu seiner Wahl zum Präsidenten der Republik beigetragen haben, und weiterhin durch jene Begeisterung, mit der diese nationalistischen Reden in der französischen Presse kommentiert worden sind. Inde ira!

Der Größenwahn Italiens und seine krankhafte Eigenliebe waren dadurch schwer verletzt worden, und die italienische Presse hat der französischen mit ebenso ungerechten Ausfällen geantwortet.

Was die Inseln anbelangt, so würde das italienische Volk natürlich ihre Einverleibung in Italien wünschen, aber die Regierung und alle einflußreichen Kreise sind sich vollkommen darüber klar, daß weder Frankreich noch England dies zulassen würde; sie geben sich daher den Anschein, als wünschten sie dies selbst nicht. Der Marquis di San Giuliano hat mich mehrfach ersucht, der Kaiserlichen Regierung zu versichern, daß das römische Kabinett nicht daran denke, sich irgendeine Insel, ob groß oder klein, einzuverleiben.

Das letzte Vorgehen Italiens gegen Griechenland findet selbstverständlich seine Erklärung nicht ausschließlich in dem Wunsche des römischen Kabinetts, den Fußtapfen Österreichs zu folgen. In Italien hat sich viel Unzufriedenheit mit Griechenland angesammelt, und in der Überzeugung, dieses wolle eine vollendete Tatsache schaffen, hat man sich in Italien ereifert und übereilt. Man wollte u. a. zeigen, daß nicht nur Österreich, sondern auch Italien einen selbständigen Einfluß auf die schwebenden Grenzfragen ausüben könne. H. Barrère versichert, die jetzige italienische Regierung werde bald durch andere Persönlichkeiten ersetzt werden, die sich freundschaftlicher zu den Dreiverbandsmächten verhalten würden. Ich weiß nicht, worauf sich diese Überzeugung des französischen Botschafters in Rom stützt, glaube aber, daß sie einer festen Grundlage entbehrt. Selbstverständlich kann, wie in jedem parlamentarisch regierten Lande, die italienische Regierung so gut wie die französische unerwartet und plötzlich stürzen, es liegt aber nicht die geringste Veranlassung vor, dies schon jetzt annehmen zu wollen. H. Giolitti ist nicht nur der mächtigste Mann in Italien, sondern auch äußerst volkstümlich, und wird nur gehen, wenn er es selbst wollen wird. Wer dann an seine Stelle treten wird, kann zur Zeit niemand wissen.

Das Mißtrauen Frankreichs gegen Italien erklärt sich ferner durch die tatsächlich erfolgte engere Annäherung der Kabinette von Rom und Berlin anlässlich der Zusammenkunft der Monarchen und ihrer Außenminister in Kiel. Ich glaube jedoch, daß auch in diesem Falle diese Annäherung zweier Mächte des Dreibundes, die im Rah-

men des Dreibundes geblieben ist, sich durch eine gewisse Unzufriedenheit sowohl des Berliner als auch des römischen Kabinetts mit Österreich erklärt; Deutschland und Italien waren aber beide, ob sie wollten oder nicht, gezwungen, Österreich auf seinem gefährlichen Wege zu folgen. In dieser Annäherung an Deutschland bin ich somit eher geneigt, ein Unterpfand für den Frieden und eine Hemmung der österreichischen Absichten zu erblicken.

Genehmigen Sie usw.

Krupenski

P. S. In diesen Tagen kehre ich nach Rom zurück und werde auf kurze Zeit nach Petersburg fahren und nicht verfehlen, mich in diesem Sinne mit S. D. Sasonow auszusprechen.

Als ein Beweis für das Mißtrauen, das das Kabinett von Rom gegen Österreich hegt, habe ich vergessen, zu erwähnen, daß das katholische Italien für Albanien keinen katholischen Herrscher wünscht. „Einerlei wer es ist, nur kein Katholik“, sagte mir San Giuliano. Den österreichischen Einfluß befürchtend, wünscht die italienische Regierung in gleicher Weise, daß nicht Skutari, sondern Durazzo oder Valona oder irgendeine andere Stadt zur Hauptstadt Albaniens ausersehen werde. Außerdem hat, wie Ihnen vielleicht bekannt ist, Marquis di San Giuliano Österreich erklärt, die Einverleibung des Lowczen sei vom Standpunkt des römischen Kabinetts aus unzulässig und würde zu ernststen Folgen führen.

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief

Paris, den 21. November/4. Dezember 1913

Während des Aufenthaltes unseres römischen Botschafters in Paris nahm ich Gelegenheit, ihm von meinem Briefe an Sie vom 7./20. November, der die französisch-italienischen Beziehungen behandelt, Kenntnis zu geben. Wie Sie wissen, bestreitet A. N. Krupenski die Richtigkeit der Ansichten der französischen Regierung über die Außenpolitik Italiens; im besonderen läßt er die französische Behauptung nicht gelten, daß bei der letzten Erneuerung des Dreibundes im Bündnisvertrage Änderungen oder Ergänzungen vorgenommen worden seien, die sich auf das Gleichgewicht im Mittelmeer beziehen. A. N. Krupenski hat seine Entgegnungen in einem an mich gerichteten Schreiben niedergelegt, das in Urschrift hier beigefügt ist. Darin be ruft er sich u. a. auf die ausdrücklichen Versicherungen Giolittis und San Giulianos, daß dieser Vertrag ohne jede Änderung, selbst die Satzzeichen mit inbegriffen, erneuert worden sei und daß die Gerüchte, die das Gegenteil besagen, völlig unbegründet seien.

Im Laufe einer meiner letzten Unterredungen mit Pichon habe ich diese Angelegenheit berührt und ihm die Meinung A.N.Krupenskis mitgeteilt. Pichon erwiderte, genau dieselben Zusicherungen seien H. Barrère von den italienischen Ministern, und zwar in ebenso bestimmter Form gegeben worden. Nichtsdestoweniger, so fügte er hinzu, besitzen wir ernstzunehmende Nachrichten, die wir aus deutschen, nicht aus italienischen Quellen geschöpft haben, daß bei der Erneuerung des Dreibundes ein besonderes Protokoll oder ein besonderes Marineabkommen über das Mittelmeer unterzeichnet worden ist.

Aus Pichons Worten konnte ich nicht mit Sicherheit schließen, von welcher „Quelle“ er sprach, und ich muß annehmen, daß es sich hier wiederum um die „geheime“ Nachrichtenvermittlung handelt, die angeblich der französischen Regierung zur Verfügung steht und die zu erwähnen ich in meinen Briefen bereits Gelegenheit hatte. Wie dem auch sein mag, es besteht für mich kein Zweifel, daß Pichon unbedingt an eine besondere Vereinbarung zwischen Italien, Deutschland und Österreich hinsichtlich des Mittelmeeres glaubt. Dieser Umstand ist an und für sich sehr wichtig, denn er wird zweifellos von entscheidendem Einfluß auf die Haltung Frankreichs gegenüber der italienischen Politik sein.

Während unserer Unterredung hat Pichon anerkannt, daß der Ton der italienischen Presse in letzter Zeit bedeutend gemäßigter und die italienische Regierung offenbar bestrebt sei, ihre Beziehungen zu Frankreich zu bessern.

Iswolski

*Der russische Botschafter in Paris an den
russischen Außenminister*

Brief Paris, den 19. Dezember/1. Januar 1913/14
Streng vertraulich Eingetroffen am 22. Dezember 1913

Auf dem Original befindet sich der eigenhändige Vermerk
Nikolaus' II.:

Sehr geehrter Sergej Dmitriewitsch!

Ich habe Ihnen bereits mehrmals geschrieben, daß hier die Überzeugung feste Wurzel gefaßt hat, die italienische Regierung habe bei der letzten Erneuerung des Dreibundes auf die Einfügung einer wesentlichen Ergänzung bezüglich des Mittelmeeres in diesen Vertrag bestanden. Diese Überzeugung gründet sich, wie Ihnen bekannt, auf Nachrichten aus einer geheimen Quelle, der von der französischen Regierung ein durchaus glaubwürdiger Charakter zugesprochen wird.

In dieser Beziehung ist es mir gelungen, folgende Einzelheiten zu ermitteln, die ich streng vertraulich an Sie weitergebe. Man hat mir nämlich zu verstehen gegeben, die geringste Indiskretion könne der erwähnten Nachrichtenquelle ein Ende bereiten.

Das hiesige Außenministerium, das über den Schlüssel zur italienischen Chiffre verfügt, hat die Möglichkeit, nicht nur von den an den italienischen Botschafter in Paris gerichteten Telegrammen Kenntnis zu nehmen, sondern auch von denjenigen, die Rom mit seinen Botschaftern in Berlin und Wien austauscht. Als im vorigen Herbst, während der Reise des Präsidenten der Republik nach Madrid, die italienische Regierung Frankreich einen Vorschlag über ein neues Abkommen bezüglich des Mittelmeeres und anderer Fragen des nahen Orients machte, fand aus diesem Anlasse ein lebhafter Austausch von Telegrammen zwischen dem Marquis di San Giuliano, dem Herzog von Avarna und H. Bollati statt. In diesen Telegrammen wurde das Marine-Sonderabkommen erwähnt, das Italien bei der letzten Erneuerung des Dreibundes mit seinen Verbündeten abgeschlossen hat. Der Herzog von Avarna und H. Bollati wiesen hierbei darauf hin, daß sich die einzelnen Artikel dieses Marineabkommens nicht mit dem vorgeschlagenen französisch-italienischen Abkommen vereinigen ließen. Durch eine sorgfältige Vergleichung der erwähnten Telegramme war es möglich, wenn auch nicht den vollen Wortlaut der italienisch-deutsch-österreichischen Marinekonvention, so doch wenigstens ihren ungefähren Inhalt festzustellen. Auf diese Weise wurde ermittelt, daß nach der Konvention der gesamte östliche Teil des Mittelmeeres in vertikaler Richtung in drei Zonen geteilt wird. In der ersten, der westlichsten Zone verpflichten sich die Mächte des Dreibundes, den Status quo aufrechtzuerhalten und sich jeglicher Aktionen zu enthalten; in der mittleren Zone verpflichten sich dieselben Mächte, nicht anders als im gegenseitigen Einverständnis vorzugehen; in der dritten, der östlichsten Zone genießen die vertragschließenden Parteien eine größere individuelle Freiheit und verpflichten sich nur, einander von ihren Handlungen vorher in Kenntnis zu setzen. Auf meine Frage, wie sich das Bestehen einer derartigen Konvention mit der Erklärung des Marquis di San Giuliano vereinigen lasse, die er sowohl A. N. Krupenski als auch H. Barrère gegenüber gemacht hat, daß nämlich in den Akten des Dreibundes nicht ein einziges Komma geändert worden sei, wurde mir die Antwort zuteil, dieser Widerspruch sei allerdings vollkommen unerklärlich und beweise nur die große Unaufrichtigkeit und Lügenhaftigkeit der italienischen Diplomatie.

Indem ich Ihnen die obenerwähnten Einzelheiten mitteile, muß ich hinzufügen, daß ich, obwohl ich mich bis jetzt recht skeptisch zu den hier eintreffenden Geheimnachrichten verhielt, nunmehr zur Überzeugung gelange, diese Nachrichten verdienen, soweit sie den italie-

nischen Telegrammwechsel betreffen, tatsächlich Beachtung. Hierin bestärkt mich unter anderem die Tatsache, daß im Laufe der letzten beiden Wochen das hiesige Außenministerium aus der erwähnten Geheimquelle genaue Hinweise bezüglich des Verhaltens der Dreibundmächte zum englischen Vorschlag über den Epirus und die Inseln erhalten hatte, und daß sich diese Hinweise nunmehr voll und ganz bestätigt haben. Hieraus kann man, wie mir scheint, den Schluß ziehen, daß auch die erwähnten Angaben über die zwischen Italien, Deutschland und Österreich bestehende Marinekonvention der Wahrheit entsprechen.

Genehmigen Sie usw.

Iswolski

*Der russische Gesandte in Rom an den
russischen Außenminister*

Brief

Rom, den 8./21. April 1914

Abschrift Paris.

Der französische Botschafter in Rom leidet, wie Ihnen bekannt, seit mehr als einem Jahre an den Folgen eines Automobilunfalles, der eine Gehirnerschütterung hervorgerufen und eine bedeutende Verminderung seiner Arbeitsfähigkeit nach sich gezogen hat. Er gibt sich daher viel weniger mit Geschäften ab und trifft den italienischen Außenminister viel seltener; er hat mich deshalb schon öfters gebeten, ihm mitzuteilen, was San Giuliano mir über die italienisch-französischen Beziehungen sagen würde.

Ich habe Ihnen seinerzeit ausführlich über meine Unterredungen mit dem italienischen Minister berichtet, und dem Ersuchen San Giulianos selbst Folge leistend, habe ich diese Unterredungen auch Barrère mitgeteilt.

Am Tage seiner Abreise nach Paris versuchte Barrère mich zu sprechen, traf mich jedoch nicht zu Hause an, und wir verabredeten telephonisch, uns auf dem Bahnhofe zu treffen. Hier hat mich der französische Botschafter gebeten, ihm noch einmal alles zu sagen, was mir San Giuliano mitgeteilt habe, da ihn sein Gedächtnis im Stiche lasse. Da wir nur wenige Minuten bis zum Abgange des Zuges hatten und es schwer war, eine so wichtige Frage kurz darzulegen, so zog ich es vor, Barrère ein kurzes vertrauliches Memorandum nach Viareggio zu schicken, wo er ein paar Tage bleiben wollte. Eine Abschrift dieser kleinen Denkschrift erlaube ich mir Ihnen zuzustellen.

Krupenski

Beilage zu obigem Briefe vom 8./21. April 1914

San Giuliano hat dem russischen Botschafter erklärt, daß die französische Regierung vorschlägt, die Meistbegünstigungsklausel nicht nur auf ökonomische, sondern auch auf alle politischen Fragen anzuwenden. Das römische Kabinett erhebt keine Einwendungen, jedoch unter der Bedingung absoluter Gegenseitigkeit. Dies scheint jedoch nicht die Absicht der französischen Regierung zu sein: denn das Pariser Kabinett beruft sich jedesmal auf diese Formel, wenn deren Anwendung für Frankreich günstig ist, und lehnt sie ab, wenn sie Italien nützen könnte.

Von dem Wunsche beseelt, die vertraulichen Beziehungen zwischen Frankreich und Italien wiederherzustellen, tut San Giuliano alles in seinen Kräften Stehende, um dieses Ziel zu erreichen. Aus politischer Überzeugung und aus Freundschaft für Barrère, dessen Stellung er kräftigen wolle, ist der italienische Außenminister bereit, den gerechten Wünschen Frankreichs entgegenzukommen und ihm sogar gewisse Zugeständnisse zu machen, die eine Annäherung zwischen den beiden Regierungen und den beiden Ländern erleichtern würden. Aber er wirft Frankreich vor, zu vergessen, daß das heutige Italien nicht mehr dasselbe wie vor fünfzig Jahren ist. Vor einem halben Jahrhundert, als Frankreich eine sehr große Macht und Italien fast eine *quantité négligeable* war, hatte man sich in Paris daran gewöhnt, Italien nicht als gleichberechtigt anzusehen. Heute nimmt das Königreich eine andere Stellung in der Welt ein und spielt eine andere Rolle im Mittelmeere. Diese Tatsache allein genügt, um den Abstand zwischen den beiden Ländern zu verkürzen und um Italien zu erlauben, mit Frankreich als gleichberechtigt zu sprechen. San Giuliano behauptet, daß die französische öffentliche Meinung sich diese Veränderung noch nicht zu eigen gemacht habe, und solange sie nicht anerkannt sein werde, würden die aufrichtigen Bestrebungen der italienischen Regierung, die herzlichen Beziehungen zu Frankreich wiederherzustellen, resultatlos bleiben müssen.

Aber der Minister ist überzeugt, daß an dem Tage, an dem Frankreich anerkennt, daß die Großmacht Italien aufgehört hat, eine Frankreich untergeordnete Stellung einzunehmen, die Hindernisse für eine Annäherung der beiden Nationen beseitigt sein werden. Was die beiden schwebenden Fragen anbelangt, die Gerichtsbarkeit in Tunis und die Kapitulationen in Marokko, so sei die erstere beinahe gelöst, und die zweite, obwohl recht schwierig, habe jetzt ebenfalls eine gute Wendung genommen.

Diese Gelegenheit benützend, hat der russische Botschafter, obwohl er natürlich nicht kompetent ist, auf die von San Giuliano angeführten Erwägungen näher einzugehen, die Aufmerksamkeit des italienischen Ministers darauf gelenkt, daß, wenn man in Frankreich

nicht mehr dasselbe Vertrauen zu Italien hat, dieses seine Ursache darin hat, daß das Pariser Kabinett den Verdacht hegt, der Dreibundvertrag sei verändert worden oder enthalte neue gegen Frankreich und seine Stellung im Mittelmeere gerichtete Bestimmungen. Der Minister hat erwidert, daß er im Parlament und Barrère selbst erklärt habe — auch Tittoni sei beauftragt worden, dieselbe Erklärung in Paris abzugeben —, der Dreibund sei erneuert worden, ohne daß auch nur ein Komma verändert worden sei. Keine Zusatzbestimmung sei zwischen Italien und seinen Bundesgenossen verabredet worden und die Vereinbarungen zwischen Frankreich und Italien hätten noch immer dieselbe Gültigkeit. Der Minister hat hinzugefügt, daß der französische Verdacht sich auf gewisse Beweise berufe, die man in Händen zu haben glaube. Diese sogenannten Beweise könnten aber nichts anderes als ganz gewöhnliche Fälschungen sein. Wenn diese Erklärungen nicht genügten und wenn die französische Regierung es wünsche, so sei der Minister bereit, sie im Parlamente zu wiederholen und eine Interpellation zu diesem Zwecke zu veranlassen.

Der russische Botschafter hat sich darauf beschränkt, zu erwidern, daß man dies alles in Paris augenscheinlich schon wisse, daß man aber die Erklärungen des italienischen Außenministers nicht für kategorisch genug halte.

Geheimtelegramm Nr. 971